

der gesamten Gesellschaft planmäßig zu leiten, und den derzeitigen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen, unter denen aggressive, abenteurerliche Pläne einer kleinen Schicht monopolkapitalistischer Profiteure die Politik bestimmen. Es bestätigt sich das Anwachsen des Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Produktivkräfte nehmen im raschen Tempo immer mehr gesellschaftlichen Charakter an, während sich gleichzeitig die Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in immer weniger Händen beschleunigt. Dieser Grundwiderspruch verhindert, daß die Früchte der technischen Revolution den Arbeitern, Angestellten, Technikern und Wissenschaftlern zufallen. Mit dem wachsenden ökonomischen Potential, über das wenige Dutzend Machthaber verfügen, wächst ihre politische Macht, die sie gegen die Interessen des Volkes einsetzen. Die Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit ist das gesetzmäßige Ergebnis dieser Entwicklung.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie fürchtet, daß Teile der Arbeiterklasse sich angesichts der Zuspitzung der sozialreaktionären Politik und ihrer ersten Folgen in Richtung auf eine demokratische und sozialistische Alternative orientieren. Die einzige Lehre, die der westdeutsche Imperialismus aus der Vergangenheit gezogen hat, besteht darin, sich für die Verwirklichung seiner Expansionsziele diesmal rechtzeitig die Hilfe der sozialdemokratischen Führer zunutze zu machen. Und diese sozialdemokratischen Führer wollen diesmal bei den Raubzügen des Monopolkapitals mit von der Partie sein. In der von Kiesinger und Strauß geführten Regierung haben die sozialdemokratischen Minister die besondere Aufgabe, die Fortführung und Verschärfung des reaktionären Regierungskurses gegenüber den arbeitenden Menschen und speziell gegenüber den Gewerkschaften abzusichern.

Unsere Einschätzung, daß es sich bei der Kiesinger/Strauß-Regierung um einen Rechtskurs handelt, ist bereits nach wenigen Monaten voll bestätigt worden. Die Beteiligung rechter Sozialdemokraten an der Bonner Regierung hat es dieser erlaubt, die Staats- und Wirtschaftskrise durch eine so offen gegen die Werktätigen gerichtete Politik zu beantworten, wie das der Erhard-Regierung nicht möglich gewesen wäre: Durch Kürzung der Zuwendungen für soziale Zwecke und für die Landwirtschaft verringerte sich das Haushaltsdefizit — während der Rüstungsetat erhöht wurde; Verbrauchssteuern und Verbrauchsgüterpreise wurden erhöht — aber gleichzeitig erhielten die Monopole zusätzliche Steuervergünstigungen für In-